

# Marzahn- Hellersdorf *links*

28. Jahrgang / Dezember 2018

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das zweite Jahr dieser Legislaturperiode neigt sich seinem Ende entgegen und die Vorhaben des kommenden Jahres rücken zunehmend in den Fokus der Betrachtung. Es wird für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein besonderes Jahr werden.

Am 5. Januar 1979 beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Berlin die Gründung des Bezirkes Marzahn. Die Gründungsurkunde dazu hängt im Rathaus Helle Mitte.

Zu dem Zeitpunkt waren die ersten Häuser, die im Rahmen des groß angelegten Wohnungsbauprogramms auf den Riesefeldern und landwirtschaftlichen Flächen errichtet werden sollten, bereits bezogen, die erste Schule und die erste Kinderkombination hatten ihre Pforten eröffnet, die S-Bahn hatte ihre letzte Station am Springpuhl und die Kaufhalle an der Marchwitzstraße teilten sich die ersten Anwohner\*innen mit den Bauleuten, die dort ihre Bauarbeiterversorgung hatten. Entlang der S-Bahn wuchs ein neues Gewerbe- und Industriegebiet.

Als die politische Wende kam, gab es mehr als 100.000 neue Wohnungen in Marzahn und Hellersdorf,



Marzahn-Mitte - ob dieser Winter wohl auch wieder so schön wird ...? Foto: DIE LINKE MH

aus einem Stadtbezirk waren wegen des dynamischen Wachstums zwei geworden, in denen mehr als 300.000 Menschen lebten. Insbesondere in Hellersdorf steckte die Großsiedlung noch in den Kinderschuhen. Viele Infrastruktureinrichtungen mussten noch fertiggestellt, Grünanlagen und Spielplätze angelegt, Verkehrsverbindungen hergestellt werden. Die Helle Mitte entstand erst auf dem Reißbrett und dann als neues Stadtzentrum von Hellersdorf. Während in

den Siedlungsgebieten die Zahl der Bewohner\*innen stieg, da neue Grundstücke für den Eigenheimbau erschlossen wurden, sank sie in der Großsiedlung sukzessive, weil die „Platte“ ihre Attraktivität für viele verloren hatte, Menschen der Arbeit hinterherzogen und die Kinder, die zu den ersten in Marzahn gehörten, aus den Kinderschuhen wuchsen.

Im Jahr 2000 wuchsen die Bezirke Marzahn und Hellersdorf im Zuge der Bezirksreform wieder zu einem Bezirk zusammen und die Bezirksverordnetenversammlungen trugen dem nach heftiger Diskussion mit der Namensgebung Marzahn-Hellersdorf Rechnung. Nachdem in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends die Einwohnerzahl des neuen Bezirkes

auf 242.000 gesunken war, steigt sie seither wieder an und neue Wohnungen wachsen sowohl in unseren Großsiedlungen als auch in den Siedlungsgebieten wieder aus dem Boden. Zum Jahresende 2018 werden wieder mehr als 263.000 Menschen in Marzahn, Hellersdorf, Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Kaulsdorf und Mahlsdorf leben.

2019 wird der Bezirk 40 Jahre alt sein, seine Dörfer blicken auf eine mehr als 700-jährige Geschichte zurück. Wir wollen das Geburtstagsjahr nutzen, unsere dynamische Entwicklung mit all ihren Erfolgen, ihren Herausforderungen und Potentialen in den Fokus zu rücken. Den Berlinerinnen und Berlinern zeigen, wie vielfältig unser Bezirk neben den großartigen Gärten der Welt rund um den Kienberg ist. Und selbstverständlich wird es ein großes Geburtstagsfest am 15. Juni 2019 vor dem Start in die Sommerferien geben. Dazu sind Sie alle herzlich eingeladen!

Aber erst einmal wünsche ich Ihnen allen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle

**Kommen Sie gut ins neue Jahr.  
Alles Gute für 2019!**



## Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Aus den Siedlungsgebieten: Biesdorf / Doch keine Wohnungsnot? / Unternehmer im KulturGut / Gedenken an Euthanasie-Opfer

**Seite 3:** Petra Pau: Im Dienst der AfD / Aus dem Bezirksvorstand / Wasser für die Hönow-Weiherketten

### Die Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Fraktion:

- Erinnern an die Reichspogromnacht
- Tschechow-Theater
- Bericht zur BVV im November
- Chance vertan: Ahrensfelder Ortsumfahrung

**Seite 4:** Juliane Witt: Sag mir, wo Du stehst / Kristian Ronneburg: Zwei Jahre Rot-Rot-Grün / Weihnachtsmarkt / Mitmach-Aufruf

**Seite 5:** Zur Person: Sebastian Lehmann / Karl Marx nicht dem historisierenden Gedenken überlassen

**Seite 6:** Tipps und Termine / Hinten links: Weihnachten - das Fest des Friedens

## Aus den Siedlungsgebieten:

### Schloss Biesdorf – Zentrum für Kunst im öffentlichen Raum

In Berlin gibt es 25 Schlösser, Herrenhäuser und Palais. Die Villa im Ortsteil Biesdorf wurde durch das Engagement der OST-WEST-BEGEGNUNGSSTÄTTE Schloss Biesdorf e.V., des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, der Architekten und Bauarbeiter in ihrer Schönheit und denkmalgerecht wiederhergestellt. Das Schloss Biesdorf besteht seit 1868 und begeht in diesem Jahr den 150. Jahrestag. Unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) bezeichnete das Schloss Biesdorf in ihrem Festvortrag zum 150. Jahrestag der Gründung des Schlosses „bau- und gartenhistorisch, sozial- und kulturgeschichtlich als unverzichtbare Quelle der Ortsgeschichte“. Nach der Renovierung wurden zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen im Schloss Biesdorf angeboten.

Viele regten zur Diskussion an und manches Kunstwerk war auch umstritten. Und das macht Kunst auch aus. Im Schloss befindet sich eine kommunale Galerie, die bei freiem Eintritt besucht werden kann. Öffnungszeiten sind (außer am Schließtag, dem Dienstag) von 10 bis 18 Uhr und freitags von 12 bis 21 Uhr. Im Schloss befindet sich ein kleines Café, wo bei Kaffee und Kuchen entspannt werden kann. Während der Weihnachtsfeiertage öffnet die Galerie am 26.12.2018 von 10 bis 18 Uhr und das Café von 12 bis 16 Uhr. Seit dem 18. November 2018 bis zum 25. Februar 2019 befinden sich zwei sehenswerten Ausstellungen im Schloss. Da ist zum einen die Ausstellung „und des Menschen Größe“. Hier werden Grafiken und Foto-

grafien zu Gedichten von Johannes R. Becher aus dem „Kunstarchiv Beeskow - Archivierte Kunst aus der DDR“ ausgestellt. Dabei wird zugleich die Entwicklung der DDR-Kulturpolitik und wie unterschiedlich Künstlerinnen und Künstler diese interpretiert haben deutlich. Im gleichen Zeitraum kann die Ausstellung „life spot“ besichtigt werden. Diese Ausstellung ist ein Projekt unter der Leitung der Künstlerin Carola Rümper. Dort stellen Menschen mit so genannten kognitiven Einschränkungen mit Fotografien ihr eigenes Ehrenamt in Form eines auf dem Fußboden dargestellten Memos aus. Es geht um die Förderung der Selbstbestimmung und Anerkennung der Leistungen von Menschen, die beim Wahrnehmen, Denken, Erkennen und bei der Problemlösung eingeschränkt sind. Hier sind sie nicht die Hilfeempfänger und -empfängerinnen ihrer Mitbürger\*innen, sondern die kreativen Akteure mit eigenwilligen Motiven. Durch die engagierte Arbeit des Kulturamtes und der Bezirksstadträtin Juliane Witt (DIE LINKE) ist hier Kunst und Kultur für alle ermöglicht worden.

Die Linksfraktion hat sich in den vergangenen Jahren im Ausschuss für Kultur und auch im Hauptausschuss sowie in der BVV für die Weiterentwicklung des Schlosses eingesetzt. Dabei sollen die Marzahn-Hellersdorfer die Besitzerinnen und Besitzer des Schlosses bleiben!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Unternehmer im KulturGut Alt-Marzahn

Wenige Gesprächsformate haben eine solche Kontinuität hier im Bezirk aufzuweisen, wie das gemeinsam von Petra Pau, der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, dem linken Unternehmerverband OWUS und dem Bezirksverband der LINKEN organisierte Unternehmerfrühstück. Seit erstaunlichen 20 Jahren nutzen in diesen Rahmen Unternehmer aus der Region die Gelegenheit, aus erster Hand zu erfahren, was für Hintergründe und Zusammenhänge so manchem ganz oben gefassten Beschluss zu Grunde liegen, der ganz konkrete Auswirkungen auf die tägliche Arbeit kleiner Unternehmer und Selbstständiger hat. Interessante Leute lernt man dabei allemal kennen.

Diesmal stellte sich das Mitglied der Linksfraktion im Bundestag, Pascal Meiser, den Fragen. Hauptthema waren die Gewerbemieten. Genauso wie die Wohnsituation vieler Mieter sich durch die steigenden Preise verschärft, unterliegen die kleinen Gewerbetreibenden, die für gewöhnlich nicht aus dem Vollen schöpfen können, einem wachsenden Verdrängungsdruck. Was durch viele Regelungen zum sozialen Miet- und Wohnrecht einschließlich der Mietpreisbremse im Privaten nicht geschafft wird, ist im völlig unregulierten Gewerbemietrecht oft genug existenzbedrohend. Teile der SPD, der LINKEN und Grüne entwickeln mit unterschiedlicher Intensität zumindest zaghafte Versuche, mittelfristig Änderungen anzustoßen,

damit die Innenstädte nicht völlig von finanzstarken Filialbetrieben und Handelsketten dominiert werden. Ansonsten droht dann neben den allseits bekannten Verschiebungen in den gewachsenen Sozialstrukturen auch die noch verschärfte Ausdünnung des dringend benötigten kleinteiligen Dienstleistungs- und Handwerkerketzes.

Das Thema Mieten zeigte sich überhaupt sehr komplex, weil auch eine Vielzahl sozialer Träger von der Gewerbemietgesetzgebung betroffen ist - für viele der knapp 30 gestandenen Kollegen durchaus ein Aha-Effekt, wie groß das Boot doch ist, in dem sich normale Mieter, kleine Gewerbetreibende und viele soziale Initiativen gemeinsam finden.

Wenn ein Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie am Tisch sitzt, geht es natürlich auch um das Verhältnis von Exportstärke und Binnennachfrage, Bildung und öffentliche Infrastruktur. Da herrscht in so einer Runde selbstverständlich große Einigkeit, dass mehr Geld für Rüstung die falsche Antwort auf die aktuelle Lage im Lande ist, und die Tatsache, dass 50 Prozent der Umsätze von Amazon nicht mit Umsatzsteuer belegt werden, ist schlichtweg ein Skandal.

Schnell vergehen bei so einer Diskussion zwei Stunden, Neugierige sollten sich nach dem nächsten Termin erkundigen.

UWE ZIMMERMANN

## Doch keine Wohnungsnot?

Der Runde Tisch gegen Armut und Ausgrenzung und der DGB-KV Ost unter Federführung der IG BAU führten am 17. Oktober in der Evangelischen Kirche Marzahn-Nord das MIETERFORUM Marzahn-Hellersdorf 2018 durch.

Rechnet man die Referentin, Gaby Gottwald (MdB; Die LINKE; Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen), ihren Mitarbeiter, die Pastorin, den Vorsitzenden des GKR und mich als Fachkundigen und Moderator ab, waren gerade einmal neun Interessierte - von denen auch wieder sieben ständige Gäste am Runden Tisch sind - erschienen. Ergo: In Marzahn-Hellersdorf kann es keine Wohnungsnot geben, Mieter in Nöten scheinbar ebenfalls nicht. Die grundsätzlichen Ausführungen Gaby Gottwalds zu den Anstrengungen der Berliner Politik wurden interessiert aufgenommen und die Fragen zeugten von absoluten Erwartungen an Parlamentarier und Verwaltungsangestellte. Wie mehrfach schon, musste ich deutlich aussprechen, dass das vom Wunsch nach Wohnung bestimmte Stillhalten der Mieter den Spekulanten buchstäblich in die Taschen (Kassen) arbeitet. Wo kein Kläger - da kein Richter. Auf diese Weise wird schon nach zwei Jahren aus eindeutigen Straftaten reguläres und ausgepreistes Recht! (Qualifizierter Berliner Mietspiegel; BGB § 558 d) Aus massenweisen Begünstigen von Straftaten entsteht finanzieller Schaden auch für die übrigen Mieter. Eine spannende Diskussionsrunde entwickelte sich. U. a. forderte ein Teilnehmer hartnäckig Wohnungen ebenfalls für Obdachlose. Von denen war natürlich niemand da. Weshalb, da sie offenbar mit ihrem Eintreten für Mietpreisbremse und Wohnungsneubau stückweit neben den Interessen der deutschen Wählerschaft liegen, engagieren sich Parteien und Gewerkschaften noch - und für wen?

BERND-R. LEHMANN, IG BAU, DGB-KV Ost

## Gedenken an „Euthanasie“-Opfer in der NS-Zeit

Im Rahmen meiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nahm ich am Volkstrauertag an einem Gottesdienst zum Gedenken an die Opfer der sogenannten Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Wuhletal teil und legte an einem Gedenkstein für die Opfer der von den Nazis ermordeten psychischen Kranken von 1933 bis 1945 ein Blumengebinde der BVV nieder. Gemeinsam mit Dr. Pfeiffer von der Wuhletal gGmbH und den Vertreterinnen der Krankenhauskirche Wuhletal gedachten wir der ermordeten Kranken. In den Jahren von 1939 bis 1941 gingen nachweislich 1024 psychisch kranke oder geistig behinderte Menschen von Biesdorf zunächst in sogenannte Zwischenlager und wurden später ermordet. Seit 1998 erinnern drei Stelen daran: Eine widmet sich der Zeit von 1893 bis zu dem organisierten Krankenkrieg durch die Nazis, eine zweite beinhaltet die „Euthanasie“ von 1939 bis 1945 und die dritte Stele dokumentiert die Ereignisse der letzten Kriegstage und die Bombardierungen des Krankenhauses. In einer heiligen Messe mit Pfarrer Dr. Bernhard Dalkmann, Krankenhausseelsorger am Vivantes Klinikum Kaulsdorf, und dem Besuch des Gedenkweges zu den Erinnerungsstätten für die Opfer von Gewalt und Krieg bekannten sich die Teilnehmerinnen zu der Vergangenheit dieses Ortes und wollen nie wieder solche Verbrechen zuzulassen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER

## Petra Pau (MdB): Im Dienst der AfD

„Mein schönstes Ferienerlebnis“ war ein beliebtes Aufsatzthema in meiner Schulzeit. Was aber war mein schlimmstes Politikererlebnis 2018? Mir fallen derer drei ein. Denn einmal unabhängig davon, was man von der CDU/CSU und der SPD grundsätzlich hält, die Maaßen-Affäre war fernab jedes halbwegs gesunden Menschenverstandes. Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz war in Verruf geraten und die Regierungsparteien einigten sich nach angeblich zähen Verhandlungen darauf, ihn als Behördenchef abzulösen und ihn stattdessen zum Staatssekretär zu befördern. Soviel irre Phantasie hat keine der namhaften Satiressendungen parat.

Noch schlimmer ist der sogenannte Diesel-Skandal. Wobei schon das Kürzel ablenkt. Kein Liter Diesel hat politisch gefault. Es war die Bundesregierung, also wieder CDU/CSU und SPD. Autokonzerne haben ihre „schmutzigen“ Autos mit Lug und Trug vermarktet. Das flog auf. Seither hält die Bundesregierung, entgegen allem Gerechtigkeitsempfinden, ihre schützende Hand über die Betrüger, während die betrogenen Autokäufer zur Kasse gerufen werden.

Diese und weitere asoziale Idiotien sind letztlich Wahlkampf pur für die AfD. Und mithin bin ich

bei meinem dritten fatalen Politerlebnis 2018. Es lässt noch Schlimmeres befürchten. Genau genommen geht es um drei Ereignisse.

Das „Bauhaus“ steht historisch für eine moderne und soziale Architekturschule, die 1933 von den Nazis verboten wurde. Nun brachte sich das „Bauhaus“ aktuell in die Medien, weil sich Zuständige in Dessau weigerten, eine ZDF-Produktion zu beherbergen. Es ging um ein Konzert der Antifa-Kult-Band „Feine Sahne Fischfilet“. Die AfD war gegen den Auftritt. Das „Bauhaus“ knickte folgsam ein.

In der ARD lief ein „Tatort“. In dem Film hatte eine Kommissarin im Büro Aufkleber, die sich klar gegen die national-autoritäre und ausländerfeindliche AfD wandten. Die AfD protestierte und die ARD reagierte. Sie frisierte den Krimi für ihre Mediathek, sie tilgte die Anti-AfD-Signale.

Im Paul-Löbe-Haus des Bundestags gibt es immer wieder öffentliche Veranstaltungen. Alle Fraktionen nutzen den Raum. So wollte auch DIE LINKE erneut zu einer thematischen Lesung laden. Diesmal sollte es um die Rolle von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht während der deutschen Revolution anno 1918 gehen. Ein Ereignis vor 100

Jahren, dessen gerade in nahezu allen Medien vielfältig gedacht wurde. Die AfD empörte sich, dass mit Karl und Rosa Linksextremisten im Bundestag Raum geboten werde. Die CDU/CSU schloss sich formal, aber prompt, diesem Ausschluss an.

Bauhaus, ARD sowie CDU/CSU - alle drei haben sich im November 2018 der AfD gefügt und mithin angedient. So weit ist es schon!

## Wasser für die Hönower Weiherkette?

Das war und ist immer wieder mal Thema. In Jahren mit wenig Niederschlägen wie 2018 sank der Wasserstand von vielen der zwölf Pfuhe fast auf „Null“. Eigentlich ein natürlicher Prozess als Ergebnis des Klimawandels über mehrere Generationen. Erdgeschichtlich bzw. historisch eigentlich nicht neu, doch in den letzten dreißig Jahren vor allem menschengemacht.

Hinzu kommt im Bereich der „Südost-Niederbarnimer Weiherketten“ aber, dass seit der Errichtung der Neubaugebiete am Berliner Stadtrand seit den 1970er Jahren und im Zuge der weiteren Nachverdichtungen des gegenwärtigen Wohnungsbaus zusätzliche Defizite auftreten. Die natürlichen Kapillare der natürlichen Wasserführung wurden unterbrochen, der Boden drainiert, nach Anlage der Gebäude das auftretende Regenwasser seither ins öffentliche Netz abgeleitet. Wer einen für viele Organismen unerlässlichen Restwasserbestand erreichen oder zumindest die gelegentliche Überstauung von Teilbereichen ermöglichen will, muss das zumindest teilweise korrigieren.

Wir hatten mehrfach darauf aufmerksam gemacht und zuletzt im April 2017 gegenüber dem Bezirksamt angeregt, ggf. mit Investoren die Ableitung von Regenwasser von Dächern bzw. von Grundstücksflächen in die Gewässer der Weiherkette zu prüfen. Durch Gutachten wurde das inzwischen im Bereich des Beerenpfuhls untersucht und auch die Berliner Wasserbetriebe sind bereit, daran mitzuwirken, einen Kanal mit entsprechender Vorreinigung im Bereich der Zerbster Straße in Richtung Weiherkette zu öffnen. Bezirksstadtrat Johannes Martin (CDU) hat inzwischen entsprechende Fördermittel aus dem Programm „BENE“ beantragt. Die nachhaltige Entwicklung der Naherholung an der Hönower Weiherkette im Einklang mit dem Biotop- und Artenschutz wird weiterhin unser Anliegen sein. Zu weiteren Aspekten demnächst mehr.

FRANK BEIERSDORFF  
Umweltpolit. Sprecher der Linksfraktion

## Aus dem Bezirksvorstand: Strukturentwicklung/Politische Bildung 2019

Im November absolvierte der Bezirksvorstand zwei Zusammenkünfte. Dabei fiel auf dem ersten Treffen der Punkt „Aktuelles aus BVV, Abgeordnetenhaus, Bezirksamt, Landesvorstand und Basisgruppen“ entgegen unseren Traditionen sehr kurz aus. Aus den Basisorganisationen ist an dieser Stelle zu vermerken, dass die Vorschläge des Bezirksvorstandes zur Entwicklung der Regional koordinierung auf Wahlkreisebene in den Basisgruppen auf reges Interesse stießen und auch auf gemeinsamen Mitgliederversammlungen diskutiert wurden bzw. noch werden.

Es ist absehbar, dass die ersten Koordinierungstreffen in Bälde stattfinden werden. Damit wird ein schrittweiser Übergang von den bisherigen Sprechertreffen hin zu den Koordinierungstreffen begonnen. Ein wichtiger Unterschied zwischen diesen beiden Foren ist der Wechsel zwischen den beiden Tagesordnungspunkten „Information aus BVV; AA, BA usw.“ und „Austausch der BO“. Der Austausch der BO und ihre aktuellen politischen Schwerpunkte rücken auf Platz 1 im neuen Gremium.

Gemeinsam mit Torsten Himm setzten wir dann die im Oktober begonnene Diskussion zur politischen Bildungsarbeit im Bezirksverband fort. Er berichtete von zwei bevorstehenden Aktivitäten. So wird Anfang des neuen Jahres ein Workshop für Neumitglieder organisiert. Fürs erste Quartal ist eine Veranstaltung zu den Europawahlen in Vorbereitung. Die AG Politische Bildung bleibt 2019 am Ball und wird sich um weitere Aktivitäten kümmern.

In der zweiten Novemberberatung informierte Björn Tielebein über eine Diskussion in der

BVV-Fraktion zu einer Vorlage „DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf und öffentliches Eigentum“. Hierzu gibt es den Vorschlag zu einer Thematisierung auf einer Hauptversammlung, um die Meinungen aller Genossinnen und Genossen aus dem Stadtbezirk zu erfahren und für die Fraktion in der BVV eine gemeinsame politische Linie zum Umgang mit öffentlichem Bodeneigentum abzuleiten. Das Thema bedarf einer gründlichen Vorbereitung bzw. Begleitung durch Fachkräfte, um unter anderem reale Einflussmöglichkeiten auf Liegenschaftsentwicklungen zu benennen. Zu berücksichtigen sind natürlich auch soziale Forderungen und Vorstellungen. Aktuell steht das Projekt „Kino Sojus“ unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit hinsichtlich des drohenden Verlustes von freizüglichen öffentlichen Parkplätzen an den privaten Investor.

Erwähnt werden soll noch, dass wir als Bezirksverband einen Antrag an die 1. Tagung des 7. Landesparteitages (15./16.12.2018) eingebracht haben. Er bezieht sich auf unseren Beschluss der Hauptversammlung vom 7.10.2018 und beinhaltet die Forderung nach einer Änderung des Gräbergesetzes zum Erhalt der Grabstätten der Zivilangestellten der ehemaligen sowjetischen Militärkommandantur. Beim zweiten Treffen standen weitere Punkte zur Diskussion. Hierzu gehörten erste terminliche und inhaltliche Absprachen fürs neue Jahr wie zum Beispiel die Organisierung des 1. Mai 2019 (siehe Aufruf auf Seite 4 unten links) und die Finanzplanung für 2019.

UWE WOLLMERSTÄDT  
Mitglied des Bezirksvorstandes

„Drei Dinge sind uns vom Paradies  
geblieben:  
Sterne, Blumen und Kinder.“

DANTE ALIGHIERI



## Gedenkwoche zur Erinnerung an die Reichspogromnacht - Eine persönliche Erklärung -

Vor nunmehr 80 Jahren, ungefähr zu dieser Zeit, als das Novembergrau der Abendstunden das Bild der Städte in Deutschland bestimmte, nahm der grausame Höhepunkt einer jahrhundertewährenden Judenverfolgung hier in Deutschland seinen Anfang. Es loderten Synagogen, in Brand gesetzt von SS und SA, es splitterte das Glas der zerstörten Schaufenster jüdischer Geschäfte, Fenster der Wohnungen jüdischer Menschen, eingeschlagen von den Schergen des Nazistaates. Von diesem Tag an wurden jüdische Menschen systematisch mit einer perfiden und ausgeklügelten Maschinerie verfolgt, verschleppt, deportiert, getötet, möglich gemacht auch durch viele Deutsche, die Mitläufer waren oder einfach weggeschaut hatten.

Ziel war die Auslöschung, die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes, aller jüdischen Menschen, vom Baby bis zum Greis.

Das Marzahn-Hellersdorfer Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf hat aus diesem Anlass eine Gedenkwoche für die Opfer der Novemberpogrome 1938 organisiert. Mit Partnern aus den demokratischen Parteien, mit engagierten Lehrerinnen, Menschen aus Kirchen, dem Quartiersmanagement und anderen öffent-

lichen Einrichtungen haben wir eine Woche lang in Veranstaltungen, mit Filmvorführungen und Gesprächsrunden der Opfer dieses dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte gedacht.

Auftakt der Gedenkwoche war in der Ernst-Haeckel-Oberschule in Hellersdorf, einer Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage. Zu Gast war Dotshy Reinhard, eine Künstlerin und Vertreterin der Sinti und Roma in Deutschland, die mit ihren Liedtexten und den klaren Worten noch einmal einen anderen Blickwinkel auf die Geschehnisse von damals, und was diese für heute bedeuten, legte. Schüler\*innen und Lehrer\*innen, mit denen wir ins Gespräch gekommen waren, beeindruckten uns, wie sie vehement und mit phantasie- und ideenreichen Projekten sich schon seit vielen Jahren für einen freundlichen, toleranten, weltoffenen Bezirk engagieren.

Ein Höhepunkt war die Vernissage der Ausstellung „Stolpersteine in Marzahn-Hellersdorf“, gewidmet jenen Jüdinnen und Juden, die hier gelebt hatten, die deportiert und die meisten von ihnen ermordet wurden. Sie gibt Auskunft über die Schicksale dieser

Menschen und ist noch bis zum 27. Januar 2019 in der Mark-Twain-Bibliothek zu sehen. Sie sind herzlich eingeladen.

Seinen beeindruckenden Abschluss fand die Gedenkwoche anlässlich der Novemberpogrome vor 80 Jahren mit der Aufführung des Stücks „Die Judenbank“ mit dem großartigen Schauspieler Peter Bause. Er hat mit diesem Theaterstück alles gezeigt: die Verführung, die Verfolgung, das Grauen, den Schrecken. Ein Beispiel dafür, was Tyrannei bedeutet - auch, wie der Gerechtigkeitssinn der Menschen sie letzten Endes durchschauen kann. Denn heute gibt es schon wieder Kräfte, die die Absicht verfolgen, dass es wieder gesellschaftsfähig wird, dass Menschen auseinanderdividiert, kategorisiert, dass sie gegeneinander aufgehetzt



Petra Pau (MdB), Sabine Schwarz (BVV-Linksfraktion) und Henny Engels, eine der Sprecherinnen des Bündnisses, bei der Ausstellungseröffnung „Wider das Vergessen“ in der Mark-Twain-Bibliothek. Foto: H. Wagner

werden.

Darum gab es uns ein gutes Gefühl, dass wir während der Gedenkwoche viele Marzahn-Hellersdorfer\*innen getroffen haben, vor allem junge Leute, die sich dafür einsetzen, dass Menschen nie wieder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur, Religion oder Ethnie, wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder einer Einschränkung, weil sie arm sind, herabgewürdigt und angegriffen werden,

Eine Schülerin fasste es so zusammen: Es wäre gut, jedes Jahr das Thema mit beispielsweise einem Film zu behandeln, darüber zu sprechen, damit wir nicht vergessen, dass wir es nicht vergessen dürfen.

Genauso ist es, meine Damen und Herren, uns bleibt gar nichts anderes übrig, wir müssen uns erinnern, wir dürfen nicht vergessen, wenn wir Menschen sein wollen und nicht nur „... ein Häuflein Dreck ...“, wie es Astrid Lindgren einmal so treffend formulierte.

SABINE SCHWARZ

Sprecherin für Behindertenpolitik und Inklusion

## Mit leuchtendem Beispiel voran

### Seit vielen Jahren macht sich das Tschechow-Theater um den Kiez in Marzahn-Nord verdient.

„Wenn man gerne an einem Ort ist, macht man sich eher keine Gedanken darüber, wie der eigentlich finanziert ist“, habe ich erst kürzlich in einem Bürgergespräch gehört. Genau damit aber haben die vielen schönen kleinen Orte, die es in unserem Bezirk gibt, oft schwer zu kämpfen. So auch das Tschechow-Theater, das seit Jahren eher bescheidene Fördermittel aus dem „Quartiersmanagement“-Programm (kurz: QM) erhält.

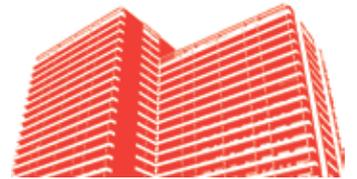
Sogenannte QM-Gebiete werden für mehrere Jahre finanziell unterstützt, um strukturelle Probleme zu beheben und das Niveau des Kiezes auf ein „Normalmaß“ anzuheben. Es wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass das Geld etwas anschiebt, und dass das Projekt dann in der Lage ist, sich selbst finanziell zu tragen. Das nennt man „Verstetigung“. Wenn also von der „Verstetigung eines QM-Gebietes“ die Rede ist, dann bedeutet das in verständliche Sprache übersetzt: Es wird keine Fördergelder mehr geben.

Manche Projekte können aber nur existieren, wenn sie von der Öffentlichkeit finanziell unterstützt werden. So auch das Tschechow-Theater, das insbesondere mit seinen zweisprachigen Angeboten auf Deutsch und Russisch aus einem bloßen Nebeneinander von Menschen ein echtes Miteinander macht. Gelebte Integration im besten Sinne also, weshalb die Fraktion DIE LINKE sich in diesem Jahr besonders stark gemacht hat für die Aufnahme des Tschechow-Theaters in die Förderung aus dem Integrationsfonds.

Doch auch diese Förderung ist zeitlich begrenzt, weshalb die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen hat, dass dem Berliner Tschechow-Theater eine Perspektive auf Dauer eröffnet werden soll. Die Haushaltsberatungen für 2020/2021 beginnen gerade. Wir werden genau hinsehen und uns weiter für die Stärkung kultureller Angebote im Bezirk einsetzen. Denn Kultur ist mehr als Freizeitgestaltung, sie ist ein ernstzunehmender Faktor für Stabilität, Lebensqualität und Zufriedenheit mit dem eigenen Kiez.

OLAF MICHAEL OSTERTAG  
Kulturpolitischer Sprecher

**Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am 13. Dezember 2018, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahn Promenade statt.**



## 100 Jahre Frauenwahlrecht

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 15. November 2018

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im November begann mit einer Feierstunde zu 100 Jahren Wahlrecht für Frauen. Die bezirkliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Maja Loeffler betonte in ihrer Rede die historische Bedeutung des Jahres 1918 für das Frauenwahlrecht und dankte allen, die sich für die Gleichstellung von Frauen einsetzten und das auch heute noch tun. Am 12. November 1918 proklamierte der Rat der Volksbeauftragten – die vom 10. November 1918 bis zum 13. Februar 1919 amtierende provisorische Regierung Deutschlands, die den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik gestaltete – eine große Wahlrechtsreform, die am 30. November in der Verordnung über die Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung verankert wurde.

Als neue Verordnete der Linksfraktion wurde Dr. Hilka Ehlert, die für den ausgeschiedenen Jens Braumann nachgerückt ist, begrüßt und verpflichtet. Die Wirtschaftsmathematikerin war bereits Mitglied der Fraktion der PDS in Marzahn sowie nach der Fusion der Bezirke in der Marzahn-Hellersdorfer BVV.

Die Wuhletalbrücke wird ab Dezember komplett gesperrt, wie der CDU-Bezirksstadtrat Johannes Martin in der BVV-Sitzung mitteilte. Der Verkehr soll dann über die Rampen fließen. Um ein mögliches Verkehrschaos auf der Märkischen Allee und in Wohngebieten zu verhindern, haben wir uns für ein Verkehrskonzept für den Marzahner Norden eingesetzt. Unser Antrag wurde im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verkehr behandelt.

Da der Mietvertrag für das Bürgeramt im Biesdorf Center Ende 2019 ausläuft und nicht verlängert werden soll, wird sich die Bezirksstadträtin für Facility Management, Juliane Witt (DIE LINKE), um Ausweichstandorte in Biesdorf kümmern, wie sie in ihrem Bericht ankündigte. Des Themas fehlender Räumlichkeiten für die bezirkliche Verwaltung nimmt sich auch unser Antrag „Bezirkseigene Immobilien statt Mietobjekte“ an. Dieser fordert das Bezirksamt auf zu prüfen, ob die Bereiche der Bezirksverwaltung, die bisher in Mietobjekten untergebracht sind, perspektivisch in bezirkseigenen Immobilien verortet werden können. Er wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Nach teilweise emotionaler Diskussion wurde unser Antrag für eine „Gemeinschaftsschule in Biesdorf“ mit einer Stimme Mehrheit in den Schulausschuss überwiesen. Insbesondere die CDU und die AfD sind gegen den Vorschlag, den geplanten neuen Schulstandort an der Haltoner Straße als Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Dabei werden auch in Biesdorf aufgrund der weiter wachsenden Zahl an Schüler\*innen neben Schulplätzen der Sekundarstufen auch dringend Grundschulplätze benötigt. Eine Gemeinschaftsschule wäre geeignet, den wachsenden Bedarf an Schulplätzen

abzusichern, da sie gemeinsames Lernen von der Grundschule bis zum Abitur ermöglicht.



FOTO: THOMAS BRAUNE

Wurde herzlich in der Linksfraktion und in der BVV begrüßt: Dr. Hilka Ehlert.

### Beschlossene Drucksachen der Linksfraktion:

- Mehr öffentliche Grillplätze in Marzahn-Hellersdorf
- Marzahn-Hellersdorfs Geschichte in die Schulen
- Barrierefreiheit an den S-Bahnhöfen Ahrensfelde, Mehrower Allee, Poelchaustraße und Raoul-Wallenberg-Straße
- Test der Seilbahn an den „Gärten der Welt“ als öffentliches Verkehrsmittel
- Sichere Überquerung Am Baltenring
- Neuer Kunstrasenplatz für die SG Stern Kaulsdorf e. V.
- Bordsteinabsenkungen und Stufenmarkierungen

THOMAS BRAUNE  
Mitarbeiter der Fraktion

### Chance vertan:

## Erneute Variantenprüfung für Ortsumfahrung Ahrensfelde abgelehnt

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat nach fast einem Jahr Beratungszeit unseren Antrag für eine erneute Variantenprüfung für eine Ortsumfahrung Ahrensfelde mit den Stimmen von SPD, CDU und AfD abgelehnt. Damit wurde eine Chance vertan, im Sinne vieler Bürger\*innen aus Marzahn-NordWest und Ahrensfelde eine alternative Straßenführung für die geplante B 158n einzufordern.

Das Planfeststellungsverfahren ruht seit 2011. Nachdem der Bund der Finanzierung des sogenannten gedeckelten Trogs (ein vier Meter hoher begrünter Berg) entlang der Klandorfer Straße, eine Absage erteilt hatte, lag das Verfahren auf Eis. Mitte 2018 informierte der Berliner Senat über eine grundsätzliche Einigung mit dem Land Brandenburg zur Finanzierung des Trogs. Somit soll das Planfeststellungsverfahrens nunmehr weitergeführt werden.

Für die Fraktion DIE LINKE ist die geplante Variante die schlechteste. Sie zerschneidet die beiden Wohngebiete, das Dorf Ahrensfelde und Marzahn-NordWest. Schon bei der ursprünglichen Festlegung auf eine Trassenführung wurden die Interessen der Bürger\*innen im Marzahner Norden nur wenig berücksichtigt. Stattdessen wurde und wird immer wieder fast ausschließlich mit der Notwendigkeit der Ortsumfahrung für die Wirtschaft im Marzahner Gewerbegebiet argumentiert. Wir erwarten vom Berliner Senat, dass bei allen weiteren Planungs- und Umsetzungsschritten die Interessen der Bürger\*innen vor Ort berück-



FOTO: LINKSFRAKTION MA-HE

Der alltägliche Stau durch Ahrensfelde ...

sichtigt werden. Hierzu muss ein Planungsbeitrag eingerichtet werden, in dem Betroffene aus Marzahn-NordWest und Ahrensfelde mitwirken können. Ein entsprechender Antrag dazu liegt bereits im Verkehrsausschuss der BVV zur Beratung vor.

BJOERN TIELEBEIN  
Fraktionsvorsitzender



Juliane Witt:

## „Sag mir, wo Du stehst ...“

2015 war die Sache klar: Wir, die Guten, standen in eisiger Kälte vor dem blauen Haus eines Autoherstellers in der Landsberger Allee, Kreuzung Blumberger Damm. Die Anderen standen in erschreckend massiver Form vor einem Gelände, welches bis dahin als unbedeutende Brache unter dem Namen Schönagelstraße formierte. Fakt war damals: die für die offene Gesellschaft sich einsetzten, waren weniger als gedacht. Wir von der Partei DIE LINKE waren dabei, Montag für Montag. Die andere Seite waren recht viele: bekennende Nazis, besorgte Bürger, erschrockene Nachbarn und auch Menschen, die jahrelang solidarisch waren, Weihnachtspäckchen gepackt hatten und selbst aus anderen Ländern zu uns gekommen waren. Nun, so die einstimmige Meinung, sei das Boot voll.

Bald darauf entstand die Unterkunft und weitere folgten. Wir waren dabei, als Betten bezogen wurden, Kleiderstuben eingerichtet und Stofftiere verschenkt wurden.

Wir waren die auf der einen - aus unserer Sicht auf der richtigen Seite. Aber - wir lebten immer mit einem kritischen Umfeld. Viele Journalisten dachten damals, man muss das ernst nehmen, diese Zweifel, diese Skepsis an den Institutionen und Parteien. Einige dachten, hier entstehe eine neue Bürgerbewegung, so ein Aufbruch, eine wirklich Alternative ...

Inzwischen haben wir Ende 2018. Merkel, die Christdemokratin und Ostlerin, Machtfrau und europäische Strippenzieherin, wird angegriffen - nicht wegen der unsozialen Politik der CDU, nicht wegen der Militärausgaben oder wegen der Zunah-

me der Armut. Frau Merkel wird angegriffen, weil sie inzwischen als Vorreiterin der Gutmenschen gilt. Weil sie 2015, als die Flüchtlinge loswanderten auf der Autobahn in Budapest, nicht angewiesen hat zu schießen. Offen waren die Grenzen bereits, manch einer vergisst das. Die Frage, wie WIR alle es mit der Migration halten, wird von der AfD zur Zerreißprobe des demokratischen Deutschland hochgepuscht. Hat in den anderen europäischen Ländern auch funktioniert: Linke und Sozialdemokratische Parteien sind weg vom Podium oder streiten sich untereinander. Die Rechtskonservativen sind dort als Bewahrer von Ordnung und Sicherheit erfolgreich. Das zieht Stimmen: Bloß keine Fremden! Kontrolle nach innen und nach außen! Damit gewinnt man die Wahlen rechts. Womit gewinnt man sie links? Doch eher mit der solidarischen Gesellschaft? Auch der Wutbürger ist inzwischen außerhalb Sachsens als Hutbürger entlarvt.

Was aber ist mit dem Widerspruch innerhalb der Partei DIE LINKE? Dieser schwelt weiter. Liegt es vielleicht daran, dass Rechts und Links überhaupt sich verwechseln lassen? Dass es inzwischen um die Offene oder Geschlossene Gesellschaft geht? Patriotismus, so Macron, ist das Gegenstück zum Nationalismus.

Europa, das sollte uns klar sein, werden wir nicht mit einer Rückkehr in die Grenzen der Nationen lösen, beherrschen oder gar voranbringen. Es wird im Vorfeld der Wahlen gut sein, dass auch DIE LINKE sich verständigt, wo wir stehen, heute - oder besser, 2019.

Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich ...

## Weihnachtsmarkt Kaulsdorf

Der 22. Alt-Kaulsdorfer Weihnachtsmarkt findet am **8. Dezember 2018 in der Zeit von 13 Uhr bis 19 Uhr** wiederum auf dem Gelände der Schilkin GmbH & Co. KG und auf dem Dorfanger von Kaulsdorf statt.

Der Weihnachtsmarkt wird vom Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. unter Mitwirkung ortsansässiger Gewerbebetriebe, der Kirchen und von Anwohnern veranstaltet.

Der Heimatverein sowie die ehrenamtlichen Organisatoren der Interessengemeinschaft Alt-Kaulsdorfer Weihnachtsmarkt fühlen sich dem Gemeinwohl verpflichtet und verfolgen keine kommerziellen Ziele. Der Eintritt ist daher frei.

Etwa 80 Stände werden für eine gute vorweihnachtliche Stimmung mit einem vielseitigen Angebot von Handwerk, Trödel, Kunstgewerbe, Naschereien und Spielsachen sorgen.

Im Dorfkern werden einzelne Höfe sowie die evangelische Dorfkirche und die Johannische Kirche geöffnet haben, die eigene Programme anbieten.

Kristian Ronneburg (Mda):

## Zwei Jahre Rot-Rot-Grün

Am 8. Dezember 2016 unterzeichneten SPD, LINKE und Bündnis'90/Die Grünen den Koalitionsvertrag, angetreten mit dem klaren politischen Auftrag, Berlin wieder zum Funktionieren zu bringen. Viele Maßnahmen konnten bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden. Zeit für eine kleine Bilanz am Ende des Jahres 2018:

- Im aktuellen Doppelhaushalt wurden die Ausgaben für Investitionen auf über 2,2 Milliarden Euro pro Jahr angehoben, um die öffentliche Infrastruktur auszubauen.
- Die Vorgaben für den Personalabbau in den Bezirken wurden endlich abgeschafft und Mittel für neue Stellen bereitgestellt.
- Der Preis des Sozialtickets wurde von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt.
- Schüler\*innen mit berlinpass erhalten ein kostenloses Schüler\*innenticket.
- Mit etwa 1.000 Notübernachtungsplätzen werden so viele Plätze für Wohnungslose wie noch nie zur Verfügung gestellt.
- Erstmals erarbeitet der Senat eine Strategie gegen Wohnungslosigkeit.
- Mit einer unabhängigen Energieschuldenberatung können Stromsperrern verhindert werden.
- Im Bundesrat setzt sich Rot-Rot-Grün für die Streichung von Sanktionen im Hartz-IV-System ein.
- Bis 2021 sollen 30.000 landeseigene Wohnungen neu gebaut und 10.000 gekauft werden.
- Mietsteigerungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen wurden auf maximal zwei Prozent jährlich begrenzt; in allen Bezirken werden offene Mieterberatungsstellen bereitgestellt.
- Genossenschaften bekommen eine neue Förderung und Grundstücke, damit sie preiswerte Wohnungen bauen können.
- Als erstes Bundesland stellt Berlin Grundschullehrer\*innen bei der Bezahlung mit den Lehrkräften an weiterführenden Schulen gleich.
- Alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben seit Anfang 2018 Anspruch auf eine 7-Stunden-Betreuung pro Tag; seit August 2018 sind alle Kitajahre gebührenfrei.
- Im Schulhort ab August 2019 werden die Bedarfsprüfung und die Gebühren für die 1. und 2. Klasse abgeschafft; Schulbücher für Grundschulkinder sind kostenlos.
- Von 2017 bis 2026 werden über 5,5 Milliarden Euro für die Schulbauoffensive, die Sanierung und den Neubau von Schulen, zur Verfügung gestellt.
- Die Gemeinschaftsschule wird als reguläre Schulart im Schulgesetz verankert.
- Ein neues Job- und Azubi-Ticket ab 2019 sowie neue Busse, Straßenbahnen, S- und U-Bahnen sollen die Nutzung des ÖPNV noch attraktiver machen.

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Linksfraktion wird auch 2019 im Abgeordnetenhaus weiter hart daran arbeiten, Berlin sozial und ökologisch gerechter zu machen.

Wir danken allen, die uns im Kampf gegen Armut, steigende Mieten und für eine ökologische Energie- und Verkehrswende unterstützen und wünschen einen guten Rutsch in das neue Jahr!

## Aufruf zum Mitmachen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ab dem nächsten Jahr werden wir als Bezirksverband wieder unsere 1.-Mai-Tradition aufleben lassen.

Gemeinsam mit allen Interessierten wollen wir ein Fest auf die Beine stellen und den Tag der Arbeit in Marzahn-Hellersdorf gebührend begehen.

Um Ideen auszutauschen und erste Verabredungen zu treffen, laden wir alle Interessierten herzlich zu einem Auftakt-Treffen am **15. Januar 2019 um 18.30 Uhr in den Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12 ein.**



Mit solidarischen Grüßen

Kristian Ronneburg  
Bezirksvorsitzender

HEIMATVEREIN  
MARZAHN-HELLERSDORF

## Zur Person: Sebastian Lehmann

Sebastian wurde 1986 in Ost-Berlin geboren, wohnt in Marzahn-Nord und studiert derzeit Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität. Seit März 2017 ist er Mitglied der LINKEN Marzahn-Hellersdorf. In seiner Freizeit bildet er sich im Fach Wirtschaft weiter, um seine Berufsausbildung als kaufmännischer Assistent in der Fachrichtung Informatik wieder ein wenig aufzufrischen.

### ● Warum bist du in DIE LINKE eingetreten?

**S.L.:** Das war hauptsächlich aus Gewissensgründen. Die AfD war nicht nur gegründet, sondern auch eine ernstzunehmende Partei geworden. Ich konnte nun weder meine damalige Haltung als Nicht-Wähler, noch meine mangelnde politische Aktivität länger vor mir rechtfertigen. Entsprechend schloss ich mich der Partei an, die meine größte Sympathie und die engste Bindung zu meinen politischen Überzeugungen darstellte.

### ● Inwiefern bist du in der LINKEN aktiv?

**S.L.:** Ich bin vor allem in meiner BO aktiv und gehöre zu den Tausenden Usern von Internetmedien, die sich dort in Foren und Kommentarspalten im Kampf um die Köpfe der Unentschlossenen mit den Rechten argumentativ balgen. Auch an Ständen war ich schon aktiv, würde aber gerne noch stärker in die eigentlichen Parteistrukturen eingebunden werden.

### ● Was motiviert dich, politisch aktiv zu sein?

**S.L.:** Der Wunsch, die AfD wieder verschwinden zu sehen. Das ist das einzige Ziel, das mir möglich erscheint. Ansonsten ist meine Philosophie eine andere: Politik ist die Verwaltung menschlicher Schwächen. Wir werden niemals aus eigener Kraft eine bessere Gesellschaft aus dem Boden stampfen können. DIE LINKE ist derzeit zu klein, um mehr als Anstöße zu juristischen Veränderungen

zu starten. So bleibt uns nur, die Gesellschaft solange funktionstüchtig zu halten, bis die normative Weiterentwicklung der Menschheit als Ganzes die Verbesserung zum freiheitsliebenden, rück-



FOTO: PRIVAT

sichtsvollen und demokratischen homo sapiens in greifbare Reichweite rückt.

### ● Was könnte die Partei tun, um mehr junge Menschen für die aktive politische Arbeit zu motivieren?

**S.L.:** Ich denke, wir müssten mehr Angebote in der politischen Bildung schaffen. Das schafft Perspektiven und bindet junge Leute an unsere Ausrichtung in Hinblick auf Demokratieverständnis und Ideologie – ja, ich nutze diesen Begriff, weil eine

Politik ohne wegweisende Ideologie dahinter letztendlich lediglich blinder Aktionismus ohne Sinn und Verstand ist. Mir ist durchaus klar, dass DIE LINKE unmöglich alle derartig ausgebildeten Menschen selbst einstellen kann, aber es erhöht die politische Kompetenz dahingehend, dass man fern von in den Schulen vermittelten, theoretischen Grundkonzepten unserer Gesellschaft auch einen stetigen Einblick in den Alltag der politischen Verwaltungsrealität erhält und somit ein Verständnis für die mitunter sehr langsam mahlenden Mühlen der Bürokratie.

### ● Wie lassen sich wieder mehr Wähler\*innen für DIE LINKE im Bezirk begeistern?

**S.L.:** Marzahn-Hellersdorf ist das, was man einen wankelmütigen Bezirk nennen könnte. Unabhängig davon, wie häufig wir hier in Folge gewinnen – es ist niemals klar unser Sieg. Die rechten und die linken Meinungen sind hier nahezu ebenbürtig, während wirtschaftsliberale, klassisch soziale oder klassisch konservative Meinungen eher die Minderheit darstellen. Das macht es schwierig, hier zu experimentieren, um Aktion und Wirkung besser einzuschätzen. Kurzfristig lässt sich vermutlich bereits einiges tun, indem wir dem Bürger ermöglichen, Erfolgserlebnisse zu sammeln, die er direkt mit uns verbindet und ihm helfen, dieses von allen Seiten gepflegte Bild eines Ghettos zu überwinden, das einem überall entgegenschallt, wenn man im Rest Berlins zugibt, hier zu wohnen. Beispiele dafür wären im Wahlkampf klar formulierte Forderungen mit eindeutig sozialem Bezug (zum Beispiel: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle ist möglich! Wir sagen auch - wie!) Das spricht den Rebellen im Wähler an, der eine unverbrauchte Partei wählen möchte, die nicht dem etablierten „Weiter so“ verhaftet ist. Ein nachvollziehbar erreichbares Ziel, das ihm nützt, lässt uns deutlich besser dastehen, als wenn wir ihn allein mit stumpfen Parolen für uns gewinnen wollen.

### ● Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte:  
THOMAS BRAUNE

## Karl Marx nicht dem historisierenden Gedenken überlassen!

### „Rotes Sofa“ mit Prof. Dr. Rolf Hecker

Mit dem 200. Geburtstag Karl Marx' sind die Person und seine Schriften auch Diskussionsgegenstand außerakademischer Diskurse geworden. Viele, auch populär geschriebene, Bücher wurden veröffentlicht, über Marx' ökonomische Analysen wird diskutiert und erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigt sich eine durch öffentliche Gelder finanzierte Ausstellung im Marx-Haus in Trier vorrangig mit der historischen Einordnung Karl Marx'.

Und genau an dieser Stelle setzt die Kritik des Gastes des 40. „Roten Sofas“ im Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt an: Prof. Dr. Rolf Hecker (geb. 1953 in Leipzig), selbst Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der



Prof. Dr. Rolf Hecker

Foto: privat

Ausstellung, freut sich natürlich, dass sich im Zuge der Ausstellung und auch mit der kontrovers begleiteten Aufstellung einer Marx-Skulptur in Trier, eine breite Öffentlichkeit mit Marx beschäftigt. Das Ziel der Ausstellung sei aber, Marx im 19. Jahrhundert zu verorten, seine Analyse und Kritik zu historisieren und damit der Kritik „die Spitze zu nehmen“.

Dem 21-köpfigen wissenschaftlichen Beirat gehörten nach Hecker

nur etwa fünf Marx-Experten an – Hecker als einziger Ostdeutscher, der auch nur durch den Druck der Rosa-Luxemburg-Stiftung dem Gremium angehören konnte. Insgesamt, so kritisiert Hecker, gab es nur wenige Veranstaltungen, die sich tatsächlich mit Marx' Kritik der politischen Ökonomie auseinandersetzten. Eine Ausnahme sei die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewesen. Auch in der Wirtschaftswissenschaft wolle man aber nicht mehr über Marx diskutieren.

Im Marx-Jahr veröffentlichte Hecker sein Buch *Springpunkte. Beiträge zur Marx-Forschung und »Kapital«-Diskussion*.

Hecker wünscht sich, dass sich Mitglieder der LINKEN auch wieder intensiver mit Marx-Texten beschäftigen und hofft, dass das Marx-Jahr nicht dazu führt, die Beschäftigung mit Marx für erledigt zu erklären.

THOMAS BRAUNE

### Landesparteitag der LINKEN. Berlin

» **15. und 16.12.**, jeweils ab 10 Uhr, 1. Tagung des 7. Landesparteitages der LINKEN. Berlin, Tagungsort ist der Bunsensaal in der WISTA conventions in Berlin-Adlershof, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin

### Ernst-Busch-Chor-Konzerte

» **8.12., 17 Uhr**, evangelische Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde, Alfred-Kowalke-Straße / Am Tierpark, Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro

» **19.1.2019 und 20.01.2019**, jeweils 15 Uhr im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße, Thema: „Lasst Brücken uns bauen“, Gast: Kinder- und Jugendensemble SASAKO, Eintritt: 12 Euro.

Karten kann man auch per E-Mail bestellen: ebc-b-karten@gmx.de.

### Liebkecht-Luxemburg-Ehrung

» **13.1., 9 - 13 Uhr**, Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde. Bringt Blumen mit!

### Sozialberatung im

### Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» **17.1., 15 Uhr**: Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe [www.kristian-ronneburg.de](http://www.kristian-ronneburg.de)), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### Ausstellungseröffnung

» **21.1.**, 17.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Ausstellung aus Anlass des 100. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - aus der Sammlung von Hans Hübner

### Bezirksvorstand

» **15.1., 5.2.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

### Treffen in Wahlkreis 3 und 6

» **6.12., 19 Uhr**, Treffen aller in den Wahlkreisen 3 und 6 wohnenden Mitglieder, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12 (Sprecherberatung Hellersdorf entfällt damit)

### Basisgruppensprecher-Beratungen

» **9.1.**, 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **10.1.**, 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **10.1.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **24.1.**, 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdA)

» Einen persönlichen Termin mit Dr. Manuela Schmidt vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Telefon: 030 54980323.

### Sprechstunden Regina Kittler (MdA)

» Einen persönlichen Termin mit Regina Kittler vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@regina-kittler.de, Telefon: 030 54980322.

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdA)

» Einen persönlichen Termin mit Kristian Ronneburg vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

### Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdA), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

### Hinten links:

### Weihnachten – das Fest des Friedens

**M**it dem vorhandenen konventionellen Waffenarsenal dieser Welt bringen Menschen tagtäglich Menschen Tod und Verderben.

Viele Kriege lodern gegenwärtig, nicht nur in Syrien und Jemen.

Das 100-jährige Ende des 1. Weltkrieges scheint – kaum in mahndem Gedenken begangen – schon wieder vergessen, so, als hätten die Menschen aus dem 31-jährigen Krieg des 20. Jahrhunderts nichts gelernt.

Russland und China bereiten ihre Streitkräfte auf den Krieg vor – weil, wie ihre Regierungen erklären ließen, die USA dies tun.

### Frage

„Sag' mir wo die Blumen sind? Wo sind sie geblieben?“ ...

Wo bleibt die eine fundamentale Botschaft des Christentums?

R. RÜDIGER

**Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin**, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

<b>Offen:</b>	<b>Montag</b>	<b>13 - 17 Uhr</b>	
	<b>Dienstag:</b>	<b>10 - 17 Uhr</b>	
	<b>Donnerstag:</b>	<b>13 - 18 Uhr</b>	
	<b>Freitag</b>	<b>10 - 13 Uhr</b>	

**Schließtag:**  
**21.12.2018 bis inklusive**  
**2.1.2019**

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 29.11.2018. Auslieferung ab 04.12.2018.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **am 08.01.2019 (Anlieferung aus Druckerei).**